

V-54 (D-05) Seenotrettung: Schiffe schicken, Häfen öffnen, Menschen retten

Antragsteller*in: Erik Marquardt (KV Berlin-Treptow/Köpenick)
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 Das Mittelmeer ist ein Grab für tausende, schutzsuchende Menschen.
- 2 Seenotrettungsorganisationen wie Sea-Watch, MSF, SOS Mediterranée, Proactiva Open Arms,
- 3 Jugend Rettet, Sea-Eye, Resqship oder Mission Lifeline versuchen dieses Vakuum, das durch
- 4 den Mangel an staatlicher Seenotrettung entstanden ist, zu füllen. Unter hohem
- 5 ehrenamtlichen Einsatz und Risiko konnten viele Menschen gerettet werden. Dieser Einsatz
- 6 gegen das Sterben auf dem Meer verdient Respekt, Anerkennung und unsere volle Solidarität.
- 7 Doch statt Anerkennung und Unterstützung, wird stetig weiter an der Verhinderung von Flucht
- 8 und humanitärer Hilfe gearbeitet. Die Debatte um Migration und Flucht gerät immer weiter aus
- 9 den Fugen von Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und Anstand. Dem stellen wir uns
- 10 entschieden entgegen. Wir stehen an der Seite der Seenotretter*innen und solidarisieren uns mit
- 11 Menschen auf der Flucht.
- 12 Eine europäische Seenotrettung gegen das Massensterben ist in weiter Ferne. Trotz der
- 13 Wahlkampfbekundungen, dass CDU und CSU sich für eine Europäische Seenotrettungsmission
- 14 einsetzen würden, stimmten sie - wie auch Rechtskonservative und Rechtsradikale - gegen eine
- 15 Haushaltlinie für die Seenotrettung und gegen eine Resolution, die sich für staatliche
- 16 Seenotrettung, Entkriminalisierung von NGOs und Transparenz über Seenotrettungsfälle
- 17 aussprach. Die Einigung von Malta, in der sich Italien, Malta, Frankreich und Deutschland
- 18 auf eine schnelle Verteilung von Geflüchteten einigten, war offenbar nur eine Pressekonferenz und keine Lösung.
- 19
- 20
- 21 Denn statt einer Verbesserung der Situation im zentralen Mittelmeer und die Chance, die
- 22 Weichen in die richtige Richtung zu stellen, hat sich die Situation weiter verschlechtert,
- 23 wie die letzten Tage und Wochen gezeigt haben: Noch immer müssen aus Seenot Gerettete tage-
- 24 und wochenlang auf einen sicheren Hafen warten. Die Einigung vom 23. September

hat sich in
25 Luft aufgelöst.

- 26 • libysche Milizen bedrohen weiterhin Europäische Rettungsschiffe, wie zuletzt die
27 “Alan Kurdi”, deren Rettungsoperation durch Warnschüsse gefährdet wurde
- 28 • Horst Seehofer hat in der Asylpolitik leider weiter einmal zu oft 180-Grad-
29 Wendungen hingelegt. Zuletzt forderte er kurz nach dem Angriff auf zivile Seenotrettung
30 einen Verhaltenskodex für Hilfsorganisationen statt einen Kodex für die gewalttätigen
31 Milizen
- 32 • Horst Seehofer tritt nun wieder für Grenzverfahren an den Außengrenzen ein
33 statt für eine schnelle Verteilung von Asylsuchenden, wie im Malta-Deal. Damit nimmt er
34 in Kauf, dass unmenschliche Situationen an den Außengrenzen und Hafenschließungen
35 durch Küstenstaaten verstetigt werden. Die konstruktive Rolle, die Deutschland in den
36 letzten Monaten eingenommen hat, schwindet damit dahin.
- 37 • In den letzten Wochen wurde offensichtlich, dass der EU-Mitgliedsstaat Malta
38 gezielt libysche Milizen informiert, um Menschen aus der eigenen Seenotrettungszone
39 nach Libyen verschleppen zu lassen. Das verstößt offensichtlich gegen internationales
40 Recht und europäische Werte.

41 **Deswegen setzen wir als Bündnis 90/Die Grünen uns dafür ein, dass:**

- 42 1. ... der Mangel an staatlicher Seenotrettung durch alle politischen Ebenen
43 gefüllt wird.
44 Wenn es keine Europäische Seenotrettung gibt, wenn die deutsche
45 Bundesregierung keine Seenotrettungsschiffe schickt, dann müssen eben die Bundesländer Schiffe
46 schicken. Es ist eine Frage des politischen Willens: Wer Menschen in Not helfen will,
47 sollte das auch auf dem Mittelmeer tun. Wir können nicht weiter nur zuschauen, wenn
48 tausende Menschen jedes Jahr sterben. Es ist an der Zeit, nicht nur die
49 Hilfsorganisationen ideell unterstützen, sondern selbst aktiv zu werden. **Deswegen fordern
50 wir, dass Bundesländer Seenotrettungsschiffe ins Mittelmeer schicken oder
51 Seenotrettungsorganisationen unterstützen.**
- 51 2. ... die Bundesregierung und die Europäischen Institutionen sich für eine
aufgeklärte

52 Politik einsetzen, damit aus Seenot Gerettete und Hilfsorganisationen dabei
53 unterstützt werden, **schnellstmöglich in einen sicheren Hafen**
54 **einfahren zu können und**
54 **von dort aus zu operieren zu können.** Das Scheitern einer
gemeinsamen Europäischen
55 Asylpolitik und die Handlungsunfähigkeit von Staats- und Regierungschefs
darf nicht
56 länger auf dem Rücken der Schwächsten und der humanitären Hilfe
ausgetragen werden.
57 Statt den Hilfsorganisationen durch einen "Verhaltenskodex" zusätzliche
Steine in den
58 Weg zu legen, sollte man eher über einen Kodex für libysche Küstenwache
reden.
59 Informationen über Seenotrettungsfälle müssen öffentlich zugänglich
gemacht werden,
60 insbesondere die Schiffe im Umfeld sollte im Sinne des internationalen
Rechts
61 schnellstmöglich Informationen über Seenotrettungsfälle bekommen, um
Rettungsaktionen
62 einleiten zu können. Auch Frontex darf nicht länger dazu beitragen, dass
Rettungen
63 verzögert werden.

64 3. **... eine schnelle Verteilung der Menschen, die an den europäischen**
Außengrenzen ankommen
65 **und Asyl beantragen wollen, sichergestellt wird.** Nur durch eine
schnelle Verteilung
66 kann die Verantwortung für die Asylverfahren gerechter verteilt werden und
unwürdige
67 Situationen wie auf den griechischen Inseln vermieden werden. Dabei muss
die
68 Rechtsstaatlichkeit im Vordergrund stehen. Externalisierung von Lagern,
Pre-
69 Screenings, Hotspots oder geschlossene Lager an den Außengrenzen oder
Auffang- und
70 Transitzentren jenseits der Außengrenzen lehnen wir ab. **Außerdem**
müssen die Spielräume
71 **zur Aufnahme von Geflüchteten in aufnahmebereiten Regionen,**
Bundesländern und Kommunen
72 **genutzt und erweitert werden,** so lange es keinen funktionierenden
Verteilmechanismus
73 für Geflüchtete in Europa gibt. Insbesondere die politisch motivierte
Weigerung des
74 Bundesinnenministeriums die Länder-Aufnahmemöglichkeiten zum Beispiel
im Rahmen des
75 §23(1) Aufenthaltsgesetz zu nutzen, greift unzulässig in den gesetzlichen
Spielraum
76 der Bundesländer ein.

77 4. **... sichere und legale Fluchtwege geschaffen werden.** Wir fordern die
Ausweitung den
78 Resettlement und Relocationprogrammen, aber auch

Landesaufnahmeprogramme. Die
79 Möglichkeit der Kommunen und Bundesländer, eigenständig Hilfe zu leisten
und Menschen
80 aufzunehmen sollten deutlich verbessert werden. Die Drangsalierung des
81 Familiennachzugs durch die Regierung ist ein Skandal, der schnell beendet
werden muss.
82 Doch auch auf dem Festland müssen wir endlich die politischen
Möglichkeiten nutzen, um
83 Menschenrechte zu verteidigen. Wer systematisch Menschenrechte verletzt,
muss die
84 Folgen zu spüren bekommen. So lange Europäische Staaten wie Kroatien an
ihren
85 Außengrenzen Menschen und ihre Menschenrechte buchstäblich mit Füßen
treten, können
86 sie kein Teil des Schengen-Systems sein.

87 **5. ... die Finanzierung und Ausbildung libyscher Milizen beendet wird,**
so lange ihre
88 Schiffe sich nicht an internationales Recht halten und Menschen in den Ort
89 zurückbringen, aus dem sie grad fliehen mussten. Im Gegensatz zu
Hilfsorganisationen
90 sind die EU-geförderten libyschen Milizen weder gute Seenotretter, noch
sind sie für
91 die Seenotrettung ausgerüstet. Trotz dreistelliger Millionenförderung gibt es
an Bord
92 der Milizen nicht einmal Schwimmwesten für die Rettung. Außerdem fordern
wir die
93 Suspendierung der Zahlungen an die libysche Regierung, so lange dort
nicht entschieden
94 gegen Gefangenenlager, willkürliche Erschießungen, Vergewaltigungen und
Sklaverei
95 vorgegangen wird. Denn auch diese Zustände treiben Menschen auf die
lebensgefährliche
96 Flucht nach Europa.

Begründung der Dringlichkeit

Nach der Frist für eigenständige Anträge gab es verschiedene Ereignisse, die die Behandlung des Antrags auf dieser BDK notwendig machen:

1. Ist die Malta-Einigung vom 23. September gescheitert, bevor sie in Kraft war. Noch immer müssen Rettungsschiffe ewig auf sichere Häfen warten und Schiffe dürfen nicht
2. Mitte Oktober wurde dokumentiert, dass Malta Pushbacks aus der eigenen Seenotrettungszone nach Libyen organisiert.
3. Ende Oktober wurde das Schiff Alan Kurdi von libyschen Milizen bei einer Rettungsaktion bedroht, es wurden Warnschüsse abgegeben
4. Horst Seehofer hat nach der Antragsfrist wieder eine Wendung hingelegt und setzt sich nun für geschlossene Lager an den Außengrenzen und einen Verhaltenskodex für Seenotrettungs-NGOs ein, obwohl Fehlverhalten bei EU-Mitgliedsstaaten und libyschen Milizen tagtäglich ist, während die NGOs gesetzeskonform Menschenleben retten.

Diese Punkte machen eine schnelle Reaktion nötig.

weitere Antragsteller*innen

Volkmar Nickol (KV Berlin-Kreisfrei); Gorden Isler (KV Hamburg-Eimsbüttel); Patrick Schiffer (KV Düsseldorf); Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow); Wolfgang Schmidt (KV Berlin-Kreisfrei); Alexandra Geese (KV Bonn); Astrid Rothe-Beinlich (Erfurt KV); Rasmus Andresen (KV Flensburg); Claudia Schulte (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Henrike Hahn (KV München); Sascha Schießl (Hannover RV); Fabian Wagner (KV Mainz); Benita v. Brackel-Schmidt (KV Flensburg); Ghalia EL Boustami (KV Wolfenbüttel); Jutta Paulus (KV Neustadt-Weinstraße); Yvonne Marchewitz (Hannover RV); Michael Bloss (KV Stuttgart); Jonas Krone (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Daniela Ehlers (KV Berlin-Lichtenberg); sowie 20 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.